

DYNAMIK DER DEMOGRAPHISCHEN ALTERUNG UND BEVÖLKERUNGSSCHRUMPUNG – WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN IN DEUTSCHLAND

Herwig Birg

PERSPEKTIVEN UND VORAUS- BERECHNUNGEN DER DEMO- GRAPHISCHEN ENTWICKLUNG FÜR DEUTSCHLAND INSGESAMT

In Deutschland ist seit 1972 die Zahl der jährlichen Sterbefälle größer als die der Geburten. Die in den letzten drei Jahrzehnten Nichtgeborenen fallen als potenzielle Eltern aus. Deshalb folgt auf den Geburtenrückgang 25 bis 30 Jahre später – also seit Anfang des 21. Jahrhunderts – wie ein Echo ein Rückgang der Zahl potenzieller Eltern. Der Elternrückgang zieht zwangsläufig einen abermaligen Geburtenrückgang nach sich, der wiederum 25 bis 30 Jahre später – ab 2020/30 – eine erneute Dezimierung der Elternzahl bedeutet und so fort. Deutschland hat heute schon zu wenige Kinder und Jugendliche, aber ihre Zahl wird durch die Weichenstellung in Form des massiven Geburtenrückgangs in den 70er Jahren im vor uns liegenden 21. Jahrhundert nie wieder so groß sein wie jetzt.

In den letzten drei Jahrzehnten wurde das Geburtendefizit durch Einwanderungsüberschüsse kompensiert und überkompensiert. Die Bevölkerungszahl nahm deshalb nicht nur nicht ab, sondern stieg sogar leicht an, im Jahr 2001 betrug der Zuwachs zum Beispiel noch

zwei Promille und im Jahr 2002 noch ein Promille. Die Zahl der jährlichen Zuwanderungen beträgt im langjährigen Mittel rund 800 Tsd., die jährliche Geburtenzahl betrug in den 80er Jahren ebenfalls rund 800 Tsd. Seit den 90er Jahren sank die Zahl der jährlichen Geburten auf 700 - 800 Tsd., sie liegt seitdem unter der jährlichen Zahl der Zuwanderungen (800 Tsd. - 1 Mio.). In kommenden Jahrzehnten wird die jährliche Geburtenzahl Deutschlands trotz der Geburtenüberschüsse der zugewanderten Bevölkerung weiter stark abnehmen, und zwar von 715 Tsd. im Jahr 2003 auf 588 Tsd. (2020) bzw. auf 438 Tsd. im Jahr 2050.

In Deutschland werden seit drei Jahrzehnten die durch Tod ausscheidenden Generationen in stärkerem Maße durch Einwanderungen als durch Geburten im Inland erneuert. In den kommenden Jahrzehnten gewinnt die Verschiebung von den Geburten zu den Einwanderungen als Generationenersatz eine immer größere Bedeutung. Die seit 30 Jahren praktizierte Politik der kompensatorischen Zuwanderungen, von denen die meisten aus der Dritten Welt, und aus der Türkei kommen, lässt sich zwar fortsetzen, aber dazu wären immer höhere Einwanderungsüberschüsse erforderlich, weil das Geburtendefizit bis 2050 von 143.000 (2003) auf 600 - 750 Tsd. stei-

gen wird. Selbst wenn die Geburtenrate, die seit Jahrzehnten zwischen 1,3 und 1,4 Kindern pro Frau praktisch unverändert ist, zum Beispiel bis 2030 schrittweise auf den bestandserhaltenden Wert von 2,1 anstiege, würde sich die Bevölkerungsschrumpfung weit über 2030 hinaus fortsetzen, und zwar bis 2060 (bei einem Einwanderungsüberschuss von jährlich 150 Tsd.) bzw. bis 2080 (ohne Kompensation durch Einwanderungen).

Die hier vorgestellten demographischen Vorusberechnungen haben nichts mit Prophetie zu tun, sie sind mathematisch überprüfbare Aussagen in Form von Wenn-Dann-Sätzen. Stimmen die Annahmen annähernd oder genau, dann treffen die Vorusberechnungen näherungsweise bzw. exakt ein. Die Qualität bzw. die Prognosegenauigkeit einer Bevölkerungsvorusberechnung ist stets identisch mit der Qualität bzw. Realitätsnähe der getroffenen Annahmen über die künftige Kinderzahl pro Frau, über die Zahl der Ein- und Auswanderungen und über die Zunahme der Lebenserwartung. Eine Besonderheit der demographischen Vorusberechnungen besteht darin, dass die langfristigen Aussagen unter Umständen eine höhere Genauigkeit haben können als die kurzfristigen. Der Unterschied zwischen kurz- und langfristigen Vorusberechnungen hat Ähnlichkeit mit dem Unterschied zwischen kurzfristigen Wetterprognosen für wenige Tage und langfristigen Aussagen zum Beispiel über die Durchschnittstemperatur in einigen Monaten, wenn auf den Sommer der Herbst und der Winter gefolgt sein werden. Der demographische Winter ist durch den Geburtenrückgang der 70er Jahre, der jetzt einen Elternrückgang bewirkt, vorprogrammiert wie der Wechsel der Jahreszeiten durch die Bahnen der Gestirne. Vorprogrammierte Entwicklungen lassen sich,

so kompliziert sie im Einzelnen sind, mit modernen Rechenanlagen ziemlich genau analysieren und prognostizieren. Deshalb beträgt zum Beispiel der Fehler bei der Bevölkerungsprognose auf der Basis des Jahres 1991 für das Jahr 2000 zum Beispiel für Baden-Württemberg ein Prozent, für Niedersachsen drei Promille und für die Gesamtheit der Prognosen aller 16 Bundesländer, für die sich die Fehler teilweise kompensieren – das heißt für das Bundesgebiet insgesamt – nur ein Promille.¹

Die Ergebnisse der Bevölkerungsvorusberechnungen der verschiedenen Forschungsinstitute und des Statistischen Bundesamtes sind in den letzten zehn Jahren immer ähnlicher bzw. immer realistischer geworden. In seiner 1994 publizierten so genannten »8. koordinierten Bevölkerungsvorusberechnung« war das Statistische Bundesamt zum Beispiel noch von der wahrscheinlich politisch motivierten, fachlich völlig unrealistischen Annahme ausgegangen, dass sich die Lebenserwartung in Deutschland (im Gegensatz zum Rest der Welt) ab 1.1.2000 nicht mehr erhöht und konstant bleibt. In der »9. Koordinierten Bevölkerungsvorusschätzung« wurde diese unrealistische Annahme revidiert und ein Anstieg der Lebenserwartung bis 2035 um vier Jahre zugrunde gelegt. In der am 7.6.2003 vorgestellten »10. Koordinierten Bevölkerungsvorusberechnung« wurde ein Anstieg um – je nach Variante – 5 bzw. 6 bzw. 7,5 Jahre angenommen. Die Vorusberechnungen des Verfassers liegen ebenfalls in mehreren Varianten vor. Die neuen Varianten des Statistischen Bundesamtes entsprechen weitgehend den vom Verfasser publizierten.²

Die mittlere Variante der Bevölkerungsvorusberechnung des Verfassers, deren Ergebnisse im Folgenden zusammengefasst werden,

und die 1. bzw. 4. bzw. 7. Variante der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes kommen einander am nächsten. Die Berechnungen des Verfassers beruhen auf folgenden Annahmen: (1) Geburtenrate der deutschen Bevölkerung = 1,25 Lebendgeborene pro Frau, Geburtenrate der zugewanderten Bevölkerung = 1,64 Lebendgeborene pro Frau, (2) Anstieg der Lebenserwartung der Männer von 75 auf 81 bzw. der Frauen von 81 auf 87 Jahre. (3) Jährlicher Einwanderungsüberschuss = 170 Tsd., bestehend aus überwiegend jüngeren Menschen. Die auf diesen Annahmen beruhenden Ergebnisse sind:

- a) Die demographische Entwicklung in Deutschland zwischen 1998 (= Basisjahr der Berechnungen) und 2050 ist geprägt durch die Gleichzeitigkeit des Bevölkerungswachstums bei den älteren und der Bevölkerungsschrumpfung der jüngeren Altersgruppen: Die Zahl der 60-Jährigen und Älteren nimmt von 1998 bis 2050 um rund 10 Mio. zu. Die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen schrumpft gleichzeitig um rund 16 Mio., die der unter 20-Jährigen geht um 8 Mio. zurück. Dies ergibt insgesamt einen Rückgang von 82 Mio. auf 68 Mio., das heißt um rund 14 Mio.
- b) Der Bevölkerungsrückgang ist in den neuen Bundesländern stärker als in den alten (15 % bzw. 28 %). Die Ursache für die stärkere Schrumpfung im Osten ist zum einen die niedrigere Kinderzahl pro Frau (z.Zt. 1,3 - 1,4 im Westen, 1,1 - 1,2 im Osten) und zum anderen die Ost-West-Wanderung. Die für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wichtigste Altersgruppe der 20- bis 60-Jährigen nimmt in den alten Bundesländern von 1998 bis 2050 um 40 % ab, in den neuen Bundesländern um 50 %.

- c) Das Bevölkerungswachstum der Älteren ist in der Altersgruppe der Hochbetagten (80 und älter) besonders ausgeprägt. Die Zahl der 80-Jährigen und Älteren steigt von 1998 bis 2050 von rund 3 Mio. auf 10 Mio.
- d) Die zugewanderte Bevölkerung – definiert als die Zahl der Einwohner, die im Basisjahr der Berechnungen (1998) die ausländische Staatsangehörigkeit hatte – wächst infolge ihrer Geburtenüberschüsse und infolge des angenommenen Einwanderungsüberschusses (jährlich 170 Tsd.) von 1998 bis 2050 von 7,4 Mio. auf 19,0 Mio. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt von 9,0 % (1998) auf 27,9 % (2050). Dabei ist zu beachten, dass ein großer Teil dieser Bevölkerungsgruppe die deutsche bzw. eine doppelte Staatsangehörigkeit haben wird (ab 1.1.2000 gilt das neue Staatsangehörigkeitsrecht).

KONSEQUENZEN DER BEVÖLKERUNGSSCHRUMPUNG UND DER DEMOGRAPHISCHEN ALTERUNG AUF NATIONALER EBENE

Der prozentuale Rückgang der Geburtenraten war in den letzten fünfzig Jahren in den Entwicklungsländern intensiver als in den Industrieländern (minus 50 versus minus 44 Prozent). Der Altenquotient – die Zahl der über 65-Jährigen in Prozent der 15- bis 64-Jährigen – und das Durchschnittsalter sind und bleiben in den Entwicklungsländern zwar wesentlich niedriger als in den Industrieländern, aber ihr prozentualer Anstieg ist in den Entwicklungsländern wegen des steileren Rückgangs der Geburtenrate und der prozentual stärkeren Zunahme der Lebenserwartung höher als in den Industrieländern. Das Niveau

des Altenquotienten wird bis zur Jahrhundertmitte in den Industrieländern um das Doppelte, in den Entwicklungsländern fast um das Dreifache steigen. Die demographische Alterung ist also nicht auf die Industrieländer beschränkt, sie betrifft die Weltbevölkerung als Ganzes.

Nach den Berechnungen der Population Division der UN sinkt die Geburtenrate der Weltbevölkerung seit Jahrzehnten, sie wird das für die langfristige Konstanz erforderliche Niveau (2,1 Lebendgeborene pro Frau) ab 2030/35 unterschreiten. Vierzig Jahre später, ab etwa 2070, beginnt die neue Phase der Weltbevölkerungsschrumpfung. Bis dahin wird die Weltbevölkerung noch von rund 6,4 auf rund 9 Mrd. wachsen. Zahlen für runde Zwischenjahre wie 2050 oder 2070 suggerieren, dass es sich um einen Übergang von einem alten Gleichgewicht zu einem neuen handelt. Diese Vorstellung führt jedoch in die Irre. Gerade dann, wenn sich an der niedrigen Geburtenrate zum Beispiel in Deutschland nichts ändert, führt der demographische Prozess nicht zu einem neuen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau, sondern zu einer dauernden Schrumpfung, die sich so lange fortsetzt, wie die Bevölkerung ihre demographisch relevanten Verhaltensweisen beibehält.

Die international vergleichende Analyse zeigt, dass die Abnahme der Geburtenrate umso größer und die Alterung der Gesellschaft umso intensiver sind, je höher das ökonomische Entwicklungsniveau eines Landes ist (»demographisch-ökonomisches Paradoxon«). Die ökonomische Prosperität wurde in den Industrieländern mit demographischer Instabilität erkaufte, die jetzt die Wachstumsrate des Sozialprodukts um mindestens einen Prozentpunkt verringert. In Deutschland, wo die demographische Alterung neben Japan und

Italien am intensivsten ist, gewinnt die Erkenntnis an Boden, dass sich der demographisch bedingte Anstieg der Versorgungslasten pro Kopf eines 15- bis 65-Jährigen auf mehr als das Doppelte nicht wegreformieren, sondern nur anders verteilen lässt.

Da jeder fehlende Beitragszahler auch ein fehlender Steuerzahler ist, nimmt die Fähigkeit des Staates ab, die Defizite der sozialen Sicherungssysteme durch steuerfinanzierte Zuschüsse auszugleichen. Die demographische Alterung und Bevölkerungsschrumpfung schafft nicht nur Probleme, sondern reduziert gleichzeitig die Möglichkeiten zu ihrer Lösung – ein sich selbst verstärkender Prozess.

In den Entwicklungsländern, die über keine Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung verfügen, erfüllt die Familie die Aufgaben der sozialen Sicherung. Mit der Erosion der Familie durch die Abnahme der Geburtenrate verlieren sie ihren wichtigsten Stabilitätsanker. Sie exportieren die Instabilität in Form von Flüchtlings- und Migrationsströmen, ohne dass sich dadurch die Altersstruktur der Zielländer auf eine relevante Weise verändert. Wollte man beispielsweise den Altenquotienten Deutschlands durch die Einwanderung junger Menschen konstant halten, müssten bis 2050 netto 188 Millionen Menschen einwandern (siehe den Beitrag des Verfassers in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12.4.2000).

In Deutschland steht die Politik vor der doppelten Herausforderung, durch eine Anpassungspolitik die Auswirkungen der demographischen Entwicklung so erträglich wie möglich zu gestalten und gleichzeitig den Entwicklungsprozess durch eine Ursachenpolitik langfristig zur demographischen Stabilität zurück zu führen. Mit der seit drei Jahrzeh-

ten praktizierten Strategie, die durch Tod auscheidenden Generationen im gleichen oder sogar noch stärkeren Maße durch Einwanderungen zu ersetzen wie durch Geburten im Inland, lässt sich keine gesellschaftlich nachhaltige Entwicklung erreichen. Auch Einwanderer müssen zuerst geboren und ausgebildet werden, um in Deutschland oder in den USA Probleme lösen zu können – vorausgesetzt, sie finden Arbeitsplätze. Wie will man rechtfertigen, dass ein Land im Wettbewerb um die Besten die Früchte der Erziehung und Ausbildung von Menschen erntet und die Mühen und Kosten der Erziehung und Ausbildung anderen überlässt?

Das Hauptproblem der demographischen Entwicklung ist die neue Qualität des Verteilungsproblems mit einem dramatisch zunehmenden Verteilungsstress zwischen den sozialen Gruppen. Selbst wenn sich in Deutschland die Produktivität und das Pro-Kopf-Einkommen der Erwerbstätigen bis 2050 noch einmal verdoppeln, kann das Volkseinkommen wegen der bis dahin um 14 bis 16 Millionen schrumpfenden Zahl der 20- bis 60-Jährigen nur um ein Drittel zunehmen. Dieser mäßig wachsende Kuchen muss zwischen vier großen Interessengruppen verteilt werden, wobei allein die stark wachsende Zahl der 60-Jährigen und Älteren etwa vierzig Prozent des Volkseinkommens beanspruchen wird, wenn das Verhältnis der Durchschnittsrente zum Durchschnittseinkommen nicht noch weiter gesenkt wird.

Der demographisch bedingte Verteilungsstress ist das Kernproblem: Es gilt erstens den Interessengegensatz zwischen der alten und jungen Generationen bei der Verteilung der steigenden Versorgungslasten durch Reformen so zu regeln, dass die von der Verfassung garantierten Grundlagen des sozialen Rechts-

staats erhalten bleiben. Zweitens muss der demographische Interessenkonflikt zwischen den alten und neuen Bundesländern bewältigt werden. Die Ost-West-Wanderungen (und die Zuwanderungen aus dem Ausland) führen mittelfristig noch zu einem Bevölkerungswachstum einiger wirtschaftlich prosperierender Regionen im Westen auf Kosten der demographischen Substanz der neuen Bundesländer. Eine dritte Konfliktlinie entsteht durch die wachsende Population der Zugewanderten bei gleichzeitig schrumpfender autochthoner Bevölkerung, wobei die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei den unter 40-Jährigen in vielen Großstädten in etwa zehn Jahren die neue Mehrheit bilden wird.

Schließlich ergibt sich ein vierter Konflikt aus dem Auseinanderdriften der Gesellschaft in zwei Populationen mit und ohne Nachkommen. Die beiden Parallelgesellschaften leben nach den Regeln der gleichen Verfassung, aber die Verfassung passt nicht auf beide, sie setzt voraus, dass beide neben dem finanziellen auch den viel wichtigeren »generativen Beitrag« zur sozialen Sicherung (Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversicherung) in Form der Erziehung von künftigen Beitragszahlern leisten. Da bei den Deutschen ein Drittel der nach 1965 geborenen Jahrgänge zeitlebens kinderlos bleibt und nur den finanziellen Beitrag entrichtet (bei den Akademikerinnen ist der Prozentsatz höher), hat die Spaltung der Gesellschaft auch eine verfassungsrechtliche Dimension.

Über eine fünfte Konfliktlinie wird noch wenig diskutiert. Sie verläuft zwischen den alternen Industrieländern und einigen ebenfalls alternen, aber wirtschaftlich dynamischeren Entwicklungsländern, vor allem China. Die kapitalgedeckte Versorgung im Alter und bei

Krankheit ist auch für diese Länder der einzige Ausweg aus der Versorgungsfalle. Der Altenquotient Chinas ist heute noch wesentlich niedriger als in Deutschland, er wird sich jedoch bis 2050 fast vervierfachen und dann nicht viel niedriger sein als in Deutschland bzw. sogar höher als in den USA. Die internationale Konkurrenz um die renditeträchtigen Kapitalanlagen, die auch in Ländern wie China knapp sind, wird sich verschärfen und die Kurse der Kapitalanlagen in die Höhe treiben.

In Deutschland muss das öffentliche Nachdenken über die Ursachen und Konsequenzen der demographischen Entwicklung besonders hohe, geschichtlich bedingte Hürden überwinden, bevor eine Diskussion über die Ursachen als Voraussetzung einer angemessenen Ursachenpolitik möglich ist. Dazu gehört eine schmerzliche Einsicht: Als die Nationalsozialisten die Macht ergriffen und die millionenfache Tötung von Menschen mit der Rassen-theorie begründet wurde, hatte die Wissenschaft den Weg ins Verhängnis bereits durch zahllose Veröffentlichungen biologisch-rassistischer Prägung geebnet. Schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts konkurrierten die Geistes- und Sozialwissenschaften mit den Naturwissenschaften und mit der Biologie um die Rolle einer Leitwissenschaft der Moderne. Dies hatte nicht nur in der Bevölkerungswissenschaft und Demographie fatale Fehlentwicklungen zur Folge. So etablierte sich in den Sozialwissenschaften ein gesellschaftlich-soziologisches Konkurrenzprogramm zur Eugenik, das in aller Offenheit unter den Leitbegriffen »Eubiotik«, »Sozialbiologie« und »Gesellschaftshygiene« in der schon 1923 erschienenen Ausgabe des »Handwörterbuchs der Staatswissenschaften« Ziele propagiert, die später von den Nationalsozialisten aufgegriffen wurden.

Die Rassentheorien sind jedoch nichts spezifisch deutsches, sie waren im 19. und 20. Jahrhundert international weit verbreitet. In Deutschland galten zum Beispiel die USA in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts auf dem Gebiet der Rassentheorie und -politik als Vorbild, dem nachgeeifert wurde. Heute ist eine Fehlentwicklung durch rassistische und ethnische Diskriminierungen zumindest in den Industrieländern durch verfassungsrechtliche Vorkehrungen und durch die Rechtsprechung wenig wahrscheinlich. Die Gefahr droht heute vom Ökonomismus, der neuen Leitideologie des 21. Jahrhunderts, die im Zuge der Globalisierung alle Länder der Welt erfasst hat. Die Ökonomie entstand ursprünglich in der griechischen Antike als ein Zweig der Ethik. Daraus wurde seit dem 18. und 19. Jahrhundert eine selbstständige wissenschaftliche Disziplin von großer politischer Relevanz. Die entscheidende Frage ist, ob die Ökonomie in Zukunft in ihrer Beziehung zur Politik eine dienende oder eine herrschende Rolle ausüben wird.

Die Wissenschaft wird die demographische Entwicklung nicht mit überzeugenden Theorien erklären können, so lange ihre Bemühungen sich auf die Analyse der ökonomischen Auswirkungen konzentrieren und so lange bei der Ursachenanalyse biologische Interpretationen und Theorien ohne große Bedenken auf humane Populationen übertragen werden, wie dies seit der von Malthus geschaffenen Bevölkerungstheorie üblich ist und wie es heute wieder in der modernen »Biodemographie« geschieht. Sowohl in den ökonomischen als auch in den biologischen Bevölkerungstheorien spielte der Grundgedanke der Selektion stets eine entscheidende Rolle: Bei Malthus und Darwin war es die Selektion der

Tüchtigen durch die »checks« der Mortalität, bei den Wirtschaftstheoretikern die Selektion durch den Auslesemechanismus des Marktes. Es ist von großer Bedeutung, dass die anthropologischen Grundannahmen der klassischen politischen Ökonomie und die der klassischen Bevölkerungstheorie übereinstimmen. Wenn sie nicht tragfähig sind, hat dies fatale Konsequenzen in beiden Bereichen.

Die wichtige Frage, die bisher weder von der biologischen noch von der ökonomischen Bevölkerungstheorie gestellt wurde und daher unbeantwortet blieb, lautet: Der Fortschritt des Entwicklungs- und Zivilisationsprozesses war im 20. Jahrhundert in den hoch entwickelten Ländern mit einer Abnahme der Geburtenrate bis unter das Bestandserhaltungsniveau und mit einer Zunahme der alterungsbedingten Stabilitätsrisiken in Wirtschaft und Gesellschaft ursächlich verbunden, wobei die weniger entwickelten Länder der Welt den Industrieländern wie Schiffe in einem langen Geleitzug auf dem Kurs zu niedrigen Geburtenraten folgten. – Bedeutet dieser Zusammenhang, dass eine Kursänderung und die Rückkehr zu demographischer und gesellschaftlicher Stabilität nicht möglich sein werden, bevor die negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung ein solches Ausmaß angenommen haben, dass sich eine Art Bewusstseins- und Kulturrevolution Bahn bricht, in deren Verlauf sich auch die demographisch relevanten Verhaltensweisen grundlegend ändern? Haben die Menschen in den USA auch deshalb eine wesentlich höhere Geburtenrate von rund zwei Kindern pro Frau, weil die staatliche Rente dort heute schon nur rund ein Drittel des Niveaus zum Beispiel in Deutschland erreicht?

Wie hätte man sich den Weg zurück zu einer höheren Geburtenrate in Deutschland vorzustellen, falls er wirklich den Durchgang durch Phasen der sozialen Unsicherheit und der gesellschaftlichen Instabilität voraussetzen würde, die die Jüngeren in diesem Land nie erlebt haben und die sie sich wahrscheinlich nicht einmal vorzustellen vermögen? Die älteren Generationen sind in Deutschland im 20. Jahrhundert durch zwei Weltkriege und zwei Diktaturen gegangen, ihnen könnte man die Bewältigung der demographischen Krise im 21. Jahrhundert durchaus zutrauen, aber gilt das auch für ihre Nachkommen?

Die westeuropäischen Länder haben in den letzten 50 Jahren in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gewaltige Fortschritte erzielt. War es Zufall oder Notwendigkeit, dass dieser Erfolg mit einem Verlust ihrer demographischen Stabilität und eines großen Teils ihres Humanvermögens bezahlt wurde? Es ist in Deutschland üblich geworden, ein Land mit einem wirtschaftlichen Großbetrieb zu vergleichen, wie dies zum Beispiel der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt tat, der sich gerne als »Aufsichtsratsvorsitzenden der Aktiengesellschaft Bundesrepublik Deutschland« bezeichnete. Die tiefe Wahrheit dieses Vergleichs wird nun allmählich deutlich: Es kommt darauf an, den drohenden, demographisch bedingten Konkurs der Deutschland AG abzuwenden. Diese Art von Herausforderung ist neu: Nach Clausewitz ist der geordnete Rückzug bei einer militärischen Niederlage eine viel schwierigere Operation als ein Erfolg durch das Erringen eines Sieges.

Die Bevölkerungsschrumpfung ist nicht eine harmlose Spielart des Wachstums, gleichsam nur in eine andere Richtung nach unten statt nach oben, wie die Ausdrücke »Null-Wachs-

tum« oder »Minus-Wachstum« suggerieren. Sie führt zum Beispiel auf dem Immobiliensektor bereits heute zu Leerständen, zu Preisrückgängen und zur Kapitalvernichtung, die niemand als »Minus-Wachstum des Kapitals« bezeichnet. Die öffentlichen Infrastruktureinrichtungen werden durch die sinkende Auslastung teurer, ohne dass sich ihre hohen Fixkosten verringern. Schlimmer als die wirtschaftlichen sind jedoch die mentalen Folgen der Schrumpfung. Wie soll man zum Beispiel den jungen Menschen in den viel zu groß gewordenen Schulgebäuden erklären, dass ein Klassenzug nach dem anderen aufgelöst und ein Flur nach dem anderen stillgelegt werden muss? Wie sollen die jungen Menschen ein Zukunftsvertrauen gewinnen, wenn sich Dörfer, Städte und ganze Landstriche wie die neuen Bundesländer flächendeckend entleeren, ohne dass ein Ende absehbar ist? In Deutschland könnte eine lähmende Tristesse und der Symptomschmerz für das Verlorene zur Grundstimmung der Menschen werden. Mit den wahrscheinlich auch in Zukunft weiter steigenden Pro-Kopf-Einkommen wird sich dagegen nichts Wesentliches ausrichten lassen.

In dieser Situation müssen Politiker, Konjunkturforscher und Börsenanalysten Nervenstärke bewahren, damit Panikreaktionen vermieden werden. So gesehen ist es gut, dass Politik und Bevölkerung immer noch in einer Art Stabilitätsillusion leben und sich gar nicht vorzustellen vermögen, was sie in den Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes, die bis 2050 reichen, lesen. Es ist vielleicht auch gut, dass immer wieder auf die Geburtenraten in Frankreich und Schweden verwiesen wird, wo durch eine bessere Politik der Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit die Demographie angeblich noch fast in Ord-

nung ist. Aber weder Schweden noch Frankreich taugen als nachahmenswerte Vorbilder. Die Geburtenrate in Schweden ist inzwischen auf den Durchschnitt der EU-15 (1,5 Kinder pro Frau) gesunken, in Frankreich liegt die Geburtenrate der Französinen bei 1,7 Kindern pro Frau, nur weil die vorwiegend aus Afrika Zugewanderten wesentlich mehr Kinder haben als die Französinen, liegt der Landesdurchschnitt bei rund zwei Kindern pro Frau.

Lässt sich die mangelnde demographische Stabilität eines Landes durch ökonomische Stärke – durch Produktivitätszuwächse im Inland oder durch Kapitalexport in wachstumsstarke Niedriglohnländer – dauerhaft substituieren? Diese Frage ist von größter Bedeutung, weil eine schnelle Rückkehr zu einer demographisch stabilen Situation unmöglich ist. Durch den Kapitalexport aus den Industrieländern in Niedriglohnländer profitieren in der Regel beide Ländergruppen. Da jedoch beide Ländergruppen und die Welt als Ganzes altern, entsteht durch den Kapitalexport sowohl ein geographisches Verteilungsproblem in Bezug auf die internationale Verteilung der Kapitaleinkommen als auch ein soziales Verteilungsproblem in Bezug auf die sozialen Gruppen als Empfänger der Renditen und als Eigentümer des Kapitals. Die demographisch bedingte soziale Unsicherheit lässt sich durch Kapitalexport nicht vermeiden, sondern nur zwischen den Ländern und Bevölkerungsgruppen verlagern.

Bei diesem Prozess wird es Gewinner und Verlierer geben, auch wenn es sich nicht um ein Null-Summen-Spiel handelt und beide Ländergruppen Vorteile daraus ziehen. Ob das Ergebnis dieses Verteilungsprozesses als gerecht empfunden wird, ist und bleibt eine Bewertungsfrage. Das mit der Demographie verbundene Gerechtigkeitsproblem wird in

Deutschland auf folgenden Nenner gebracht: »Von Kindern profitiert, wer keine hat«. Der Satz gilt auch im Verhältnis der durch Kapitalströme miteinander verbundenen Länder.

Die Vernichtung eines unrentablen Betriebes durch Konkurrenz und Wettbewerb zu Gunsten einer ökonomisch effizienteren Produktionsweise hat neben den segensreichen, wohlstandserhöhenden Wirkungen auch zerstörerische Nebenwirkungen auf die biographische Planungssicherheit und die Stabilitätsbedingungen der Familien. Wirtschaftliche Dynamik und demographische Stabilität schließen sich in modernen Wirtschaftsgesellschaften gegenseitig aus. Beides auszubalancieren gleicht einem artistischen Drahtseilakt, den die Politik ohne Netz bestehen muss.

AUSWIRKUNGEN AUF REGIONALER UND KOMMUNALER EBENE

Alle Bundesländer, Regionen und Gemeinden waren vom Rückgang der Geburtenraten seit Anfang der 70er Jahre betroffen, doch gibt es nach wie vor starke räumliche Unterschiede. Vergleicht man die Kinderzahlen pro Frau für ein bestimmtes Kalenderjahr zwischen den Re-

gionen, dann sind die prozentualen Unterschiede größer als bei einem Vergleich der verschiedenen Generationen für eine gegebene Region. Es gibt keinen Stadt- und Landkreis mehr mit einer Geburtenrate von ausreichendem, langfristig bestandserhaltendem Niveau. Unter allen Stadt- und Landkreisen hatte zum Beispiel 1999 der Kreis Cloppenburg die höchste Kinderzahl pro Frau (1,79) und Suhl (Thüringen) die niedrigste (0,84), bei einem Bundesdurchschnitt von 1,29 und einem Landesdurchschnitt zum Beispiel in Baden-Württemberg von 1,38 und in Niedersachsen von 1,42.

Der Rückgang sowohl der absoluten Geburtenzahl als auch der Geburtenzahl pro Frau seit Anfang der 70er Jahre war zwar in allen Gemeinden und Regionen zu beobachten, aber in Bezug auf den zeitlichen Beginn und das Niveau der Geburtenrate vor und nach dem Rückgang gab es bemerkenswerte Unterschiede, die mit dem Begriff der »regional-demographischen Phasenverschiebung« bezeichnet werden: Wenn man das hohe Niveau der Geburtenwelle im Nachkriegs-Babyboom Ende der 60er Jahre betrachtet, dann war der Anstieg der Geburtenwelle in den ländlichen Gemeinden steiler und der Gipfel

	Anteil der über 65-Jährigen in vH der 15- bis 64-Jährigen						
	1950	2000	2010	2020	2030	2040	2050
USA	12,8	18,7	19,2	24,9	31,3	32,1	32,2
Japan	8,2	25,3	35,0	47,1	52,7	64,9	72,3
Deutschland	14,5	24,0	30,6	34,2	44,3	48,5	49,4
Italien	12,7	26,8	31,1	36,7	46,9	62,6	65,4
China	7,3	10,0	11,3	16,9	23,9	35,2	37,5
Welt	8,6	11,1	11,6	14,4	18,2	22,0	24,8
- Industrieländer	12,2	21,2	23,5	29,5	36,7	41,5	44,4
- Entwicklungsländer	6,7	8,2	9,0	11,5	14,9	19,0	22,0

Tabelle 1: Demographische Alterung von 1950 bis 2000 mit Vorausberechnungen bis 2050 im internationalen Vergleich
Quelle: H. Birg, Universität Bielefeld. Berechnet nach Daten aus: UN (Ed.), World Population Prospects, New York 2003.

der Kinderzahl pro Frau wurde zeitlich später auf einem höheren Niveau erreicht, mit der Folge, dass auch das Echo auf diese Welle in den 90er Jahren zeitlich phasenverschoben zu einer im interregionalen Vergleich höheren Geburtenwelle führte, wenn auch das allgemeine Niveau der zweiten Geburtenwelle gegenüber der ersten in den 60er Jahren bedeutend niedriger war. Auch die um das Jahr 2020 zu erwartende dritte Geburtenwelle wird als Echo auf die zweite wiederum wesentlich niedriger sein. Dabei wird auch die dritte Welle regionale Unterschiede aufweisen, die auf die regionale Phasenverschiebung in den 60er Jahren zurückgehen.

Neben der regionaldemographischen Phasenverschiebung verstärkt besonders auch der Faktor Wanderungen die Unterschiede bei den räumlichen Bevölkerungsveränderungen in der Zukunft. Wie bedeutsam dabei das Gewicht der Wanderungen ist, zeigt sich auch auf Länderebene: So hatten zum Beispiel 1999 unter allen 16 Bundesländern nur noch

Baden-Württemberg und Bayern eine leicht positive Geburtenbilanz (Baden-Württemberg = 1,1 auf Tsd. Einwohner, Bayern 0,3 auf Tsd. Einwohner), wobei zu beachten ist, dass die Geburtenbilanz auch in diesen beiden Ausnahmelandern bei den Deutschen negativ und bei den Zugewanderten positiv ist (s. Tabelle 2). Weitaus gewichtiger als die Geburtenbilanz war die Wanderungsbilanz: Baden-Württemberg = 3,7 auf Tsd., Bayern = 5,3 auf Tsd. Niedersachsen hatte 1999 ein Geburtendefizit von 0,3 auf Tsd. Einwohner sowie einen Abwanderungsüberschuss gegenüber den anderen Bundesländern von 4,4 auf Tsd., aber dem stand ein doppelt so hoher Einwanderungsüberschuss aus dem Ausland in Höhe von 8,8 auf Tsd. gegenüber, sodass die Bevölkerungszahl wanderungsbedingt nicht nur nicht abnahm, sondern noch leicht anstieg.

Hessen gehört zusammen mit Baden-Württemberg und Bayern zu der kleinen Ländergruppe mit einer vergleichsweise günstigen Bevölkerungsentwicklung. Allerdings war die

Tabelle 2
Demographische Indikatoren für ausgewählte Bundesländer

	Bund	Nordrhein-Westfalen	Niedersachsen	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern
- Bevölkerungsveränderung 1990-2000 in %	3,2	3,8	7,3	5,3	7,2	6,8
- Natürlicher Saldo 1999 je 1000 Einwohner	-0,9	-1,3	-0,3	-0,3	1,1	0,3
- Fertilitätsraten (Lebendgeborene je Frau), 1999	1,29	1,39	1,42	1,33	1,38	1,37
- Zuzüge auf 1000 Einwohner, 1999	43,8	38,9	52,0	47,5	49,2	49,9
- Fortzüge auf 1000 Einwohner, 1999	41,3	36,9	47,6	44,4	45,5	44,6
- Gesamtwanderungssaldo auf 1000 Einw., 1999	2,5	2,0	4,4	3,1	3,7	5,3
- Außenwanderungssaldo auf 1000 Einw., 1999	2,5	2,0	8,8	1,5	2,9	1,4
- Binnenwanderungssaldo auf 1000 Einw., 1999	0,0	0,1	-4,4	1,6	0,8	4,0
- Deutsche	0,0	-0,1	-3,8	1,4	0,9	4,0
- Ausländer	0,0	1,2	-12,1	3,4	0,5	3,6
- unter 18 plus 30-50 Jahre	0,0	0,4	-4,8	1,7	0,7	3,9
- 65 u. älter	0,0	-0,9	-1,0	-0,4	0,0	1,4
- Binnenwanderungsvolumen (Zuzüge plus Fortzüge je 1000 Einw.)	66,3	59,8	78,4	68,4	68,6	72,1
- Binnenwanderungseffizienz (Zuzüge minus Fortzüge bezogen auf Zuzüge plus Fortzüge in %)	0,0	0,1	-5,6	2,4	1,2	5,5
- Jugendquotient 1999 in % (15/15-65)	23,1	24,3	24,9	22,7	24,9	24,3
- Altenquotient 1999 in % (65+/16-65)	23,9	24,7	24,8	23,8	22,9	23,6
- Anteil der Hochbetagten 1999 in % (75+)	7,0	7,0	7,4	7,2	6,8	7,1
- Sozialhilfeempfänger je 1000 Einwohner, 1999	33,9	38,6	40,1	39,1	21,7	18,4
- Ausländeranteil an der Bevölkerung 1999 in %	8,9	11,4	6,7	12,1	12,5	9,2
- Ausländeranteil an den Sozialhilfeempfängern, 1999, in %	22,4	24,1	22,8	32,2	26,3	22,5
- Ausländeranteil an den Arbeitslosen in %	12,1	18,7	11,8	21,4	22,5	15,9

Quelle: H. Birg

Daten: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Bd. 14, Bonn 2002.

natürliche Bevölkerungsbilanz Hessens zum Beispiel 1999 bereits negativ, in Baden-Württemberg und Bayern noch leicht positiv (s. Tabelle 2). Die drei Länder sind durch eine hohe räumliche Bevölkerungsdynamik und durch Binnenwanderungsgewinne gegenüber den anderen Bundesländern gekennzeichnet. Der Bevölkerungszuwachs Hessens beruhte dabei im Gegensatz zum Zuwachs in Baden-Württemberg und Bayern besonders stark auf den Wanderungsgewinnen gegenüber dem Ausland, weniger auf den Wanderungsgewinnen gegenüber den anderen Bundesländern. Auf Grund der Wanderungsgewinne werden diese drei Länder noch bis 2020/30 ein leichtes Bevölkerungswachstum verzeichnen, danach beginnt auch in diesen Ländern die Bevölkerungsschrumpfung.

Die demographische Alterung verläuft in sämtlichen Bundesländern in ziemlich ähnlicher Weise, erst unterhalb der Länderebene zeigen sich deutlichere Unterschiede, die sowohl auf der regionalen Differenzierung der Geburtenrate als auch auf der Zu- und Abwanderungsbilanz der verschiedenen Altersgruppen beruhen.

Das Statistische Bundesamt geht in seiner im Juni 2003 veröffentlichten so genannten »10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung« davon aus, dass Deutschland auf Dauer starke Einwanderungsüberschüsse haben wird, und zwar zwischen 250 und 300 Tsd. netto pro Jahr (= mittlere Variante). Wenn diese Annahme eintritt, wird die Bevölkerungszahl von 82,5 Mio. (2002) bis auf 83,1 Mio. im Jahr 2012 wachsen, ehe die durch das Geburtendefizit bedingte natürliche Bevölkerungsschrumpfung, die seit 1972 im Gange ist, nicht mehr durch Einwanderungsüberschüsse kompensiert wird, sodass sie dann auch in den Bevölkerungszahlen in Erschei-

nung tritt. Wenn der künftige Einwanderungsüberschuss nicht zwischen 250 und 300 Tsd., sondern nur zwischen 150 und 200 Tsd. liegt (= untere Variante), tritt die Schrumpfung nicht erst ab 2012, sondern ab 2004 ein.

Unabhängig vom zeitlichen Beginn der Schrumpfung auf Bundesebene ergeben sich erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Schrumpfungsbegins zwischen den Bundesländern, Regionen und Gemeinden, wobei folgende Fakten bereits unumstößlich sind:

- a) In den neuen Bundesländern ist die Schrumpfung bereits seit der Wiedervereinigung im Gange, während die westlichen Bundesländer, insbesondere Hessen, Baden-Württemberg und Bayern, noch etwa ein bis zwei Jahrzehnte Bevölkerungszuwächse verzeichnen werden, und zwar sowohl durch Einwanderungsüberschüsse gegenüber dem Ausland als auch gegenüber den anderen Bundesländern.
- b) Die Bevölkerungsveränderungen vollziehen sich nicht linear, das heißt die Schrumpfung führt nicht zu einer Abnahme der Bevölkerungszahlen in den Gemeinden, Regionen und Ländern entsprechend einer linearen Maßstabsverkleinerung, vielmehr führt der demographische Wandel stets zu Gewinnern und Verlierern.
- c) Nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Verschiebungen der Altersstruktur sind – je nach der Höhe der Geburtenrate und der Wanderungssituation – von extremen regionalen Unterschieden geprägt. So betrug zum Beispiel der Altenquotient (= Prozentanteil der über 65-Jährigen an den 15- bis unter 65-Jährigen) 1999 im Bundesgebiet 23,9 % und in Baden-Baden 35,5 % (zum Vergleich: Baden-Württemberg = 22,9 %, Niedersachsen = 24,8 %).

- d) Die für die Gemeindefinanzen wichtigen Ausgaben für Sozialhilfe hängen entscheidend von der Zahl der Ausländer bzw. unabhängig von der rechtlichen Staatsangehörigkeit von der Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund und damit von der Wanderungsposition jedes Landes und jeder Gemeinde ab. Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung betrug zum Beispiel 1999 in Baden-Württemberg 12,5 % und in Niedersachsen 6,7 %, der Anteil der Ausländer an den Sozialhilfeempfängern war jedoch weit höher als es dem ausländischen Bevölkerungsanteil entspricht, nämlich 26,3 % in Baden-Württemberg bzw. 22,8 % in Niedersachsen. Auf der Ebene der Gemeinden ist die Diskrepanz zwischen dem Anteil der Ausländer an der Bevölkerung und ihrem Anteil an den Sozialhilfeempfängern wesentlich höher als auf der Ebene der Länder oder auf Bundesebene. So lag der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung 1999 zum Beispiel in Stuttgart bei 24,5 % und in Hannover bei 15,1 %, aber der Anteil der ausländischen Sozialhilfeempfänger an allen Sozialhilfeempfängern betrug in Stuttgart 40,1 % und in Hannover 40,7 %.

Ebenso wenig wie der demographische Wandel auf der Ebene der Bundesländer zu linearen Maßstabverkleinerungen führt, sind seine Auswirkungen auf regionaler Ebene von gleicher Art, Richtung und Intensität. Die für die wirtschaftliche Entwicklung wichtige Unterscheidung zwischen den Faktoren Trend und Konjunktur muss in Zukunft durch einen dritten Faktor Demographie erweitert werden, der besonders auf regionaler Ebene von großer Bedeutung ist.

Die demographische Schrumpfung und Alterung ist ebenso wie die ökonomische Deflation ein sich selbst tragender negativer Prozess, wobei es wahrscheinlich ist, dass die wirtschaftlichen Stagnations- und Deflationsphänomene bereits heute zum Teil auf den negativen demographischen Rahmenbedingungen der Schrumpfung und Alterung beruhen.

Die Gefährlichkeit der ökonomischen Deflation ist unter Ökonomen unstrittig, die Gefahr der demographischen Alterung und Schrumpfung wird aber noch teilweise unterschätzt. Nichtgeborene fallen 20 bis 30 Jahre später als Konsumenten aus, aber Nichtgeborene können nicht nur nichts kaufen, sie können – was viel gravierender ist – auch keine Kinder haben. Die demographische Schrumpfung wirkt wesentlich nachhaltiger und sie ist gefährlicher als die durch politische Maßnahmen eher kompensierbare negative Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die Arbeitsplatzverluste durch die Entindustrialisierung wurden in Deutschland jahrzehntelang durch das Wachstum des Dienstleistungssektors ausgeglichen. Aber das Wachstum insbesondere der haushalts- und bevölkerungsbezogenen Dienstleistungen wird in Zukunft in den Regionen mit starker demographischer Schrumpfung durch den Wegfall der entsprechenden Nachfrager gestoppt. In den neuen Bundesländern ist die Deindustrialisierung besonders gravierend, die Kompensation durch Dienstleistungen wäre umso dringlicher. Die Kompensationsmöglichkeiten durch Dienstleistungen sind aber infolge der Bevölkerungsschrumpfung dort wesentlich ungünstiger als in allen anderen Regionen Deutschlands.

Generell hat die Bevölkerungsschrumpfung auf Gemeindeebene folgende Auswirkungen:

1. Die demographischen Entwicklungsbedingungen werden für die wirtschaftliche Entwicklung auf Gemeindeebene immer wichtiger. Hohe Geburtenraten und günstige Altersstrukturen werden sich in der Zukunft als entscheidende Standortfaktoren erweisen.
2. Ungünstige demographische Strukturen wirken sich negativ auf die Steuereinnahmen aus. Eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen ist unumgänglich. Denkbar wäre die Einführung von Steuer-Hebesätzen für die Einkommen- bzw. Lohnsteuer, und zwar als Instrument zur Beeinflussung der Bevölkerungszahl durch die Gemeinden mittels einer Lenkung der Zu- und Abwanderung bzw. der Binnenwanderungen innerhalb Deutschlands.
3. Der immer noch wirksame Prozess der Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgrößen führt auf Bundesebene mittelfristig noch zu wachsenden Haushaltszahlen. Aber langfristig – bzw. auf regionaler Ebene auch teilweise schon heute – kommt es zu Wohnungsleerständen, zu Entwertungsprozessen, zu leerstandsbedingten Kostensteigerungen, zum Rückbau und zur Kapitalvernichtung. Dabei wird der Wohnungsmarkt regional inhomogener, Wohlstands- und Wachstumsinseln stehen regionalen Märkten mit hohen Leerständen und sich selbst verstärkenden Schrumpfungsprozessen gegenüber.
4. Durch die sinkenden Einwohnerzahlen gehen die Nutzerzahlen von öffentlichen Einrichtungen und die Einnahmen aus Gebühren zurück, und zwar bei gleichbleibend hohen Fix-Kosten und hohen Kosten für die Schuldentilgung der Investitionen.
5. Es kommt zu demographisch bedingten Schließungen von Einrichtungen der Verwaltung, von Kindergärten, allgemeinbildenden Schulen und – mit entsprechender zeitlicher Verzögerung – von weiterführenden Schulen sowie von Einrichtungen der haushaltsnahen Infrastruktur, insbesondere bei den Freizeiteinrichtungen.
6. Die Segregation der Bevölkerung auf regionaler Ebene und innerhalb der Gemeinden in eine antochthone Gruppe mit überdurchschnittlicher Ausbildung und überdurchschnittlichem Einkommen und Vermögen auf der einen Seite und in verschiedene Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund auf der anderen wird durch die Abwanderung und Schrumpfung der deutschen Bevölkerung und die gleichzeitig wachsende Bevölkerung mit Migrationshintergrund verstärkt. Dabei sind die Konsequenzen für die Sozialhilfeausgaben umso größer, je stärker der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zunimmt.

ZUSAMMENFASSUNG

Deutschland ist seit 1972 in den Prozess der Bevölkerungsschrumpfung eingetreten, der bisher durch sehr hohe Einwanderungsüberschüsse überkompensiert wurde. Eine Fortsetzung der Praxis der kompensatorischen Zuwanderungspolitik würde in den nächsten fünf Jahrzehnten stark wachsende Einwanderungen erforderlich machen, weil sich das gegenwärtige Geburtendefizit bis 2050 mehr als vervielfacht. Die Einwanderung der letzten zwei Jahrzehnte war zum weitaus überwiegenden Teil eine »Einwanderung in die Sozialsysteme«. Eine Fortsetzung dieser Praxis ist schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht

mehr möglich, deshalb muss eine gewisse Schrumpfung hingenommen werden. Die Schrumpfung und gleichzeitige Alterung der Gesellschaft hat Wirkungen auf fünf Ebenen:

1. Regionale Ebene

Es entstehen Disfunktionalitäten im Leistungsangebot der Verwaltung, das Wirtschaftswachstum wird geschwächt mit negativen Folgen für die Steuereinnahmen bei gleichzeitig wachsender Belastung der kommunalen Finanzen durch den Sozialetat.

2. Soziale Ebene

Die wachsenden Interessengegensätze zwischen den Generationen und zwischen den Bevölkerungsgruppen mit und ohne Nachkommen führen zu gesellschaftlichen Entsolidarisierungsprozessen bei gleichzeitig zunehmender sozialer Abhängigkeit. Die Verwandtschaftsnetze als Träger der Primärleistungen im Bereich der Pflege und als letztes Netz im Fall existentieller Not werden durch die zunehmende Kinderlosigkeit geschwächt.

3. Gesellschaftliche Ebene

Als Folge der massenhaften Einwanderungen nehmen die Integrationsprobleme zu, die Gesellschaft entwickelt sich zu einer Multiminoritätengesellschaft, bei der die deutsche Bevölkerung in Großstädten bei den unter 40-Jährigen zu einer Minderheit unter anderen Minoritäten wird.

4. Wirtschaftliche Ebene

Es entwickeln sich Kapitalentwertungs- und Desinvestitionsprozesse als Folge stagnierender Nachfrage und wachsenden Sozialkonsums für die soziale Sicherung mit der Folge niedriger Wachstumsraten des Volks- und Pro-Kopf-Einkommens. Die demographische Alterung führt zu einem dramatisch zunehmenden Verteilungsstress zwischen den Bevölkerungsgruppen.

5. Internationale Ebene

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung ist und bleibt in den Entwicklungsländern wesentlich niedriger als in den Industrieländern, aber der Altenquotient nimmt in den meisten Entwicklungsländern prozentual stärker zu als in den Industrieländern. Die Lösung der demographisch bedingten Probleme der sozialen Sicherung durch kapitalgedeckte Zusatzversicherungen und durch Kapitalexport aus den Industrieländern in die Niedriglohnländer bringt für beide Ländergruppen Vorteile. Die internationale Konkurrenz bei der Platzierung des Anlagekapitals an hochrentablen Standorten verschärft jedoch das internationale Verteilungsproblem. Die Weltbevölkerung altert als Ganzes, deshalb lassen sich die demographisch bedingten Probleme der sozialen Sicherung nicht aus der Welt schaffen, sondern nur geographisch anders verteilen.

Anmerkungen

- 1 H. Birg, D. Filip, E.-J. Flöthmann u. Th. Frein, Zur Eigendynamik der Bevölkerungsentwicklung der 16 Bundesländer im 21. Jahrhundert, Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 42, Bielefeld 1997, Variante 1, S. 113.
- 2 Z.B. H. Birg, An Approach for Forecasting Life Expectancy and its Application in Germany. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Nr. 1, 2000, S. 175-198.

Literatur

- Birg, H., Die demographische Zeitenwende – Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, C.H. Beck, München 2003, 3. Aufl.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden, Bd. 14, Bonn 2002.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden, Juni 2003.

Schaubilder 1 - 7

Schaubild 1: Zusammenhang zwischen der Geburtenzahl pro Frau und der Lebenserwartung für die 30 bevölkerungsreichsten Länder der Welt mit insgesamt 80% der Weltbevölkerung

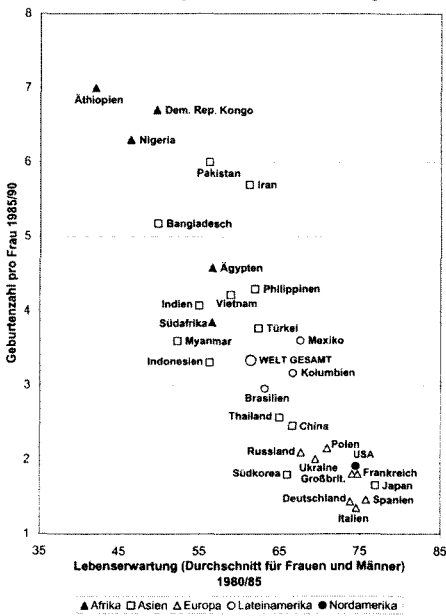
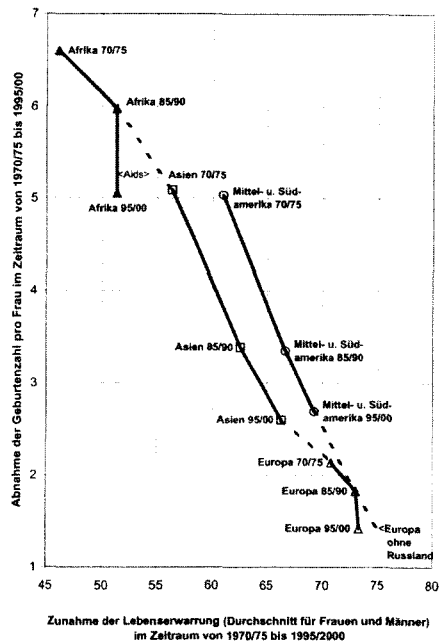
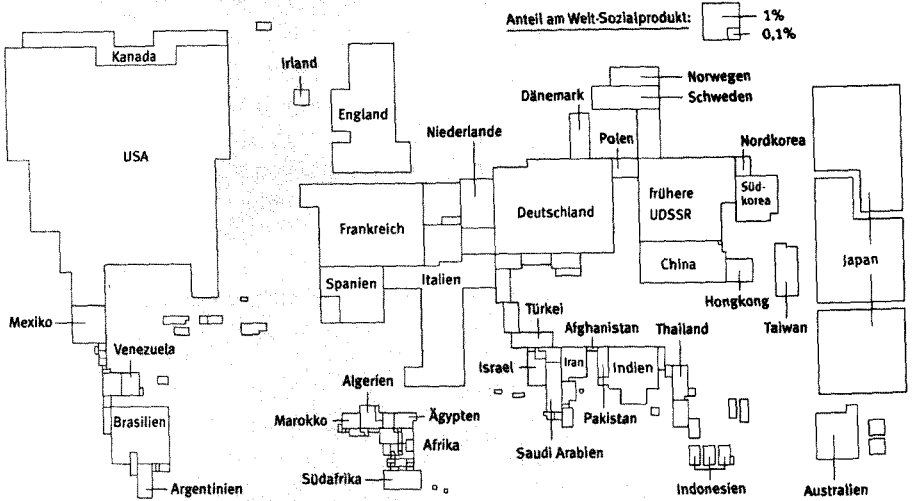


Schaubild 2: Zusammenhänge zwischen der Zunahme der Lebenserwartung und der Abnahme der Geburtenzahl pro Frau



Schaubilder 3 und 4

Ökonomische Weltkarte (Die Flächen der Länder sind proportional zu ihrem Bruttosozialprodukt)



Demographische Weltkarte (Die Flächen der Länder sind proportional zu ihrer Geburtenzahl)

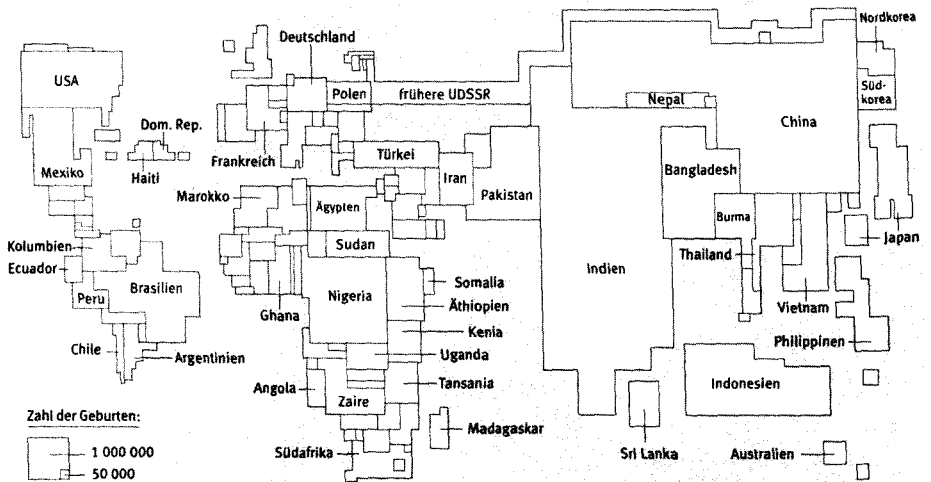
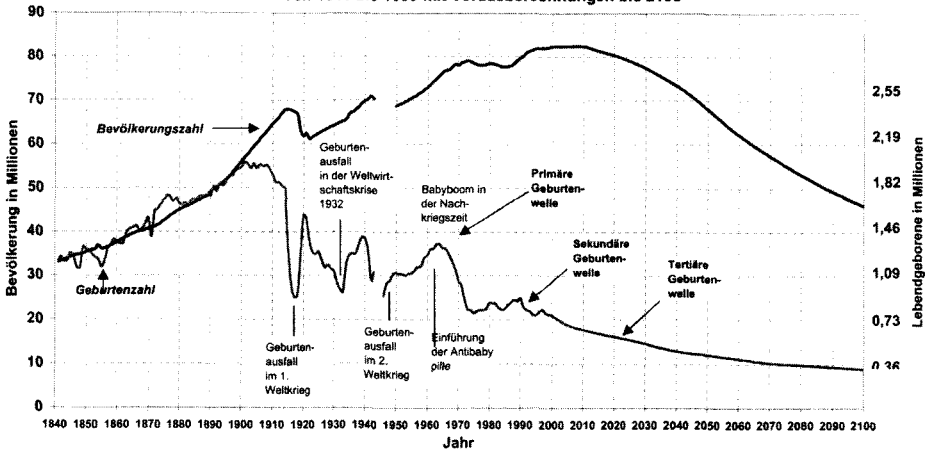


Schaubild 5: Anzahl der Einwohner* und der Lebendgeborenen in Deutschland** von 1841 bis 1999 mit Vorausberechnungen bis 2100



* Von 1841 bis 1999 Bevölkerung am 31.12. eines Jahres, von 2000 bis 2100 mittlere Bevölkerung eines Jahres.

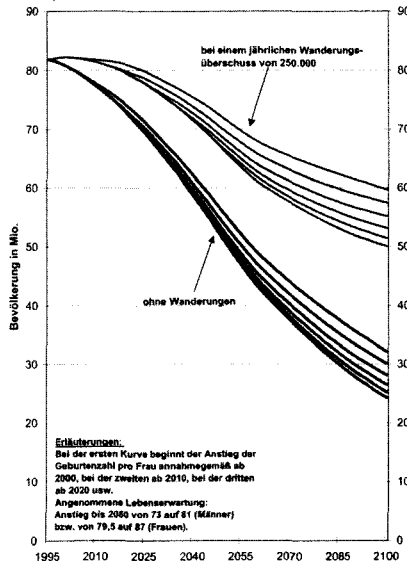
** Von 1841 bis 1943 Reichsgebiet, von 1946 bis 1990 Deutschland insgesamt (BRD + DDR).

Datenquelle: Daten von 1841 bis 1999: Statistisches Bundesamt.

Daten von 2000 bis 2100: Birg, H./ Flöhrmann, E.-J.: "Demographische Projektionsrechnungen für die Rentenreform 2000 - Methodischer Ansatz und Hauptergebnisse", Materialien des IBS der Universität Bielefeld, Bd. 47A, Bielefeld 2001 (Variante 5).

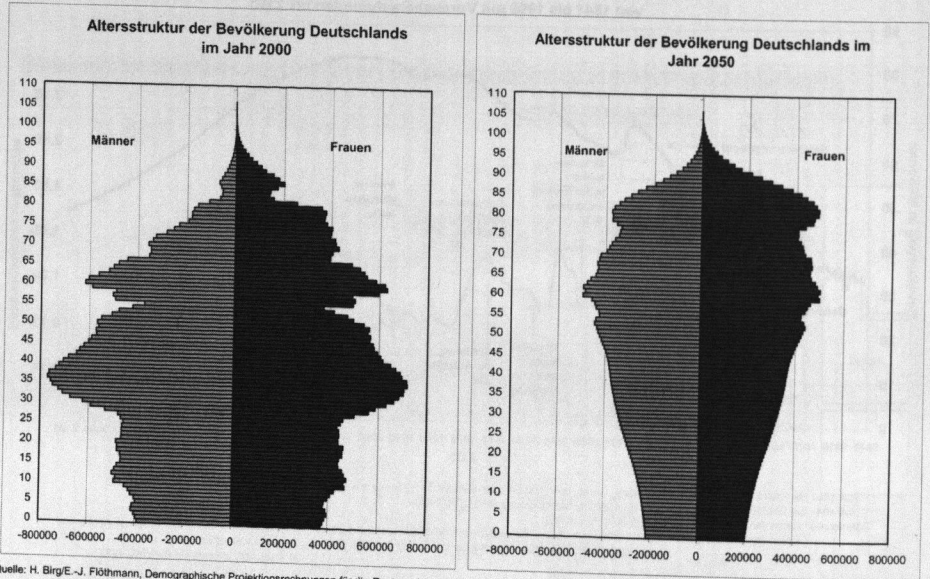
H. Birg, IBS, Universität Bielefeld 2003

Schaubild 6: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert ohne bzw. mit Wanderungen - für einen angenommenen Anstieg der Geburtenzahl pro Frau von 1,25 auf 1,50 innerhalb von 15 Jahren



Quelle: H. Birg, Die demographische Zeitenwende, München 2001, S. 99.

Schaubild 7



Juelle: H. Birg/E.-J. Flöthmann, Demographische Projektionsrechnungen für die Rentenreform 2000, IBS-Materialien Bd. 47, Bielefeld 2001.



Prof. Dr. **Herwig Birg** studierte an der TH Stuttgart, der Hochschule für Gestaltung in Ulm sowie an der FU Berlin, wo er 1970 in Volkswirtschaftslehre promovierte. 1979 wurde er am Fachbereich für Gesellschafts- und Planungswissenschaften der TU Berlin habilitiert. 1981 übernahm er die Professur für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Bielefeld, dort ist er als Geschäftsführender Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik tätig.